

STIFTUNGSGESETZ

„Wir vermissen die Entschlossenheit der Ampel im Kampf gegen rechts“

- Am Dienstag (25.10.) verhandelt das BVerfG über eine Klage der AfD: Sie will Millionen an Steuergeld für ihre extrem rechte Desiderius Erasmus-Stiftung erstreiten
- Offener Brief: Bildungsstätte Anne Frank, Campact und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen fordern die Regierung abermals auf, so schnell wie möglich ein Stiftungsgesetz zu verabschieden
- Meron Mendel: „Der Schutz unserer Demokratie darf nicht daran scheitern, dass einzelne Regierungsparteien Pfründe für die eigene parteinahe Stiftung sichern möchten!“

Anlässlich der Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht fordert Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, die Ampel-Regierung zum Handeln auf: „Ich vermesse ganz klar die Entschlossenheit im Kampf gegen rechts: Die Ampel muss so schnell wie möglich ein Stiftungsgesetz auf den Weg bringen, um die öffentliche Finanzierung der Desiderius Erasmus Stiftung zu verhindern – sonst fördern wir aus Steuergeld eine extrem rechte Kadenschmiede mit besten Verbindungen ins rechtsextreme Milieu, deren Programm antisemitische, verschwörungstheoretische und demokratiezersetzende Einstellungen befeuert. Uns rennt die Zeit davon.“

Am morgigen Dienstag (25.10.) wird das Organstreitverfahren am Bundesverfassungsgericht verhandelt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die AfD in Karlsruhe Erfolg haben und Förderung für ihre parteinahe Desiderius Erasmus Stiftung erstreiten könnte, die bislang bei der Mittelvergabe des Bundeshaushalts nicht berücksichtigt wurde.

„Dass die DES bei der Mittelvergabe an die Parteistiftungen leer ausging und im Haushalt nicht auftaucht, war zwar ein Etappensieg für die Demokratie – aber wir haben schon im Mai betont, dass es völlig intransparent und juristisch heikel ist, die AfD-Stiftung jedes Jahr aufs Neue ohne gesetzliche Grundlage auszuschließen“, so Meron Mendel. Die AfD sieht sich in ihrem Recht auf Chancengleichheit sowie in ihrem Recht auf Gleichbehandlung verletzt. Das Paradox könnte eintreffen: Eine Stiftung, deren Akteure um Stiftungsvorsitzende Erika Steinbach sich immer wieder diskriminierend äußern, beruft sich auf Diskriminierungsschutz – und könnte recht bekommen. „Erst wird die Demokratie in Karlsruhe blamiert und vorgeführt – und dann von ihren Feinden mit öffentlichen Mitteln ausgehöhlt: Vor diesem Szenario warnen wir schon lange“, sagt Mendel.

Die Bildungsstätte Anne Frank hat an diesem Montag zusammen mit Campact, Otto Brenner Stiftung, Open Knowledge Foundation u.a. einen offenen Brief an die Vorsitzenden der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP veröffentlicht. Das Bündnis erinnert die Ampel an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag: Es müsse dringend eine gesetzliche Grundlage her, um die Finanzierung der parteinahen Stiftungen endlich gesetzlich und für alle transparent zu regeln – und sicherzustellen, dass nur diejenigen Stiftungen staatlich gefördert werden, die sich an die Spielregeln einer demokratischen Gesellschaft halten.

Warum die Regierung bis jetzt untätig blieb, darüber könne man nur spekulieren. Derzeit dränge sich der Eindruck auf, dass insbesondere die SPD mit Blick auf die Folgen für die eigene Stiftung vor einer gesetzlichen Regelung zurückschreckt, heißt es im Offenen Brief. Meron Mendel kommentiert: „Der Schutz unserer Demokratie darf nicht daran scheitern, dass Regierungsparteien Pfründe für die eigene parteinahe Stiftung sichern möchten!“

Angesichts zahlreicher akuter Krisen erscheine das Engagement für ein Stiftungsgesetz zunächst zweitrangig, räumt Mendel ein. „Aber es zeugt schon von einem hohen Maß an Kurzsichtigkeit, wenn unsere Politiker*innen die Gefahr weiterhin ignorierten, die langfristig mit der Förderung dieser Stiftung auf uns und die Demokratie zukäme.“

In Vorstand und Kuratorium der Desiderius Erasmus-Stiftung finden sich neben der Vorsitzenden Erika Steinbach Personen, die in der rechtsextremen Szene aktiv sind und direkte Verbindungen in das rechtsextreme Umfeld der Identitären Bewegung und des vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuftes „Institut für Staatspolitik“ sowie den Antaios-Verlag von Götz Kubitschek unterhalten.

Im Haushaltsentwurf ist wie jedes Jahr der Posten von rund 700 Millionen Euro zur Finanzierung parteinaher Stiftungen enthalten, ohne dass diese mit inhaltlichen Kriterien verknüpft wäre. In der Vergangenheit war aus diesem Umstand ein Gewohnheitsrecht entstanden, demzufolge Stiftungen dann finanziert wurden, wenn sie „eine dauerhaft ins Gewicht fallende politische Grundströmung repräsentieren“ (BVG-Urteil von 1986). Wann dies der Fall ist, wurde allerdings nie exakt definiert.

NGOs wie Transparency International fordern schon seit Jahren eine transparente gesetzliche Regelung für die staatliche Förderung der Partei-nahen Stiftungen.

Zum Offenen Brief im Wortlaut:

<https://www.campact.de/wp-content/uploads/2022/10/Offener-Brief-Stiftungsgesetz-jetzt.pdf>

Weitere Informationen

Die Bildungsstätte Anne Frank beobachtet die Aktivitäten der Erasmus-Stiftung und ihres Führungspersonals seit 2018 und klärt seit Ende 2020 im Rahmen der Kampagnen „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ und „Kein Geld für die AfD“ über die AfD-Stiftung auf.

Die kurz vor der Bundestagswahl gestartete Website www.kein-geld-fuer-die-afd.de bietet – neben vielen Informationen zum Thema – Unterstützung dabei, ausgewählte Politiker*innen anzuschreiben und sie dazu aufzufordern, dass sie die Finanzierung aus Steuergeldern verhindern müssen. Die Aktion stieß auf großen Anklang – 100.000 E-Mails sind an Politiker*innen und Abgeordnete verschickt worden.

Prominente Künstler*innen, Organisationen und Influencer*innen wie Marc-Uwe Kling und das Känguru, Comic-Zeichner Ralf Ruthe, der Autor Max Czollek oder der Comedian Jan Böhmermann warnen vor der DES.

Zuletzt belegte die **Studie der Otto Brenner-Stiftung** „Politische Bildung von Rechtsaußen“ die Aktivitäten und Vernetzungen der DES-Funktionäre in der extremen Rechten (<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/politische-bildung-von-rechtsausen/>)

ZDF Magazin Royal, 8.10.2021



DIE KÄNGURU-COMICS



06.09.2021, erschienen bei Twitter @realMarcUwe

Im Juni hatte die Bildungsstätte Anne Frank ein Bündnis zahlreicher **Organisationen der Zivilgesellschaft** initiiert, das in einem „**Manifest für die politische Bildung**“ vor der Desiderius-Erasmus-Stiftung warnt und die Fraktionen im deutschen Bundestag dazu auffordert, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, das u.a. den Ausschluss von Verfassungsfeinden von der öffentlichen Förderung sicherstellt.

Erstunterzeichnende: Amadeu Antonio Stiftung, Bildungsstätte Anne Frank, Campact e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Fridays for Future, Gesicht Zeigen!, Katholische Akademie Rabanus Maurus, medico international, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Pro Asyl, Stiftung Topographie des Terrors, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland.

www.stiftungstrick-der-afd.com/manifest-der-zivilgesellschaftlichen-organisationen/
<https://aktion.campact.de/rechtsextremismus/afd-stiftung/teilnehmen-2>

Zusammen mit dem ehem. MdB Volker Beck hat die Bildungsstätte am 21. April ein Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘ vorgestellt: Das Papier argumentiert, dass und wie die politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden kann – eine Art **Demokratie-TÜV für politische Stiftungen**

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/Pressekit_Demokratie-TÜV.pdf

Im Kampagnenvideo „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ warnen Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur vor der DES – u.a. der ehem. CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz, die ehemalige **Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete**, der **Kabarettist Max Uthoff** (Die Anstalt), die deutsch-französische Journalistin **Beate Klarsfeld** und **Christoph Lübcke**, Sohn des ermordeten CDU-Politikers vor der DES.

www.stiftungstrick-der-afd.com
www.youtube.com/c/BildungsstätteAnneFrank

2018 initiiert die Bildungsstätte einen Offenen Brief namhafter Wissenschaftler*innen und Expert*innen im Feld der historisch-politischen Bildung an Bundesinnenminister Horst Seehofer unter dem Stichwort „**Kein Geld für Geschichtsrevisionismus**“ und warnt als erste Akteurin öffentlich vor der Gefahr durch die öffentliche Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung: <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus>

Bildungsstätte Anne Frank

Als Zentrum für politische Bildung entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

#KeinGeldFürDieAfd

#NoAfDStiftung

Marie-Sophie Adeoso
Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 264
M. madeoso@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main